

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiber.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringertohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nordpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. sabb., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden anwärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 3. Mai.

Ueber die Dresdener wirkliche Volks- (nicht „Volks“-) Versammlung, über welche wir vorgestern berichteten, spricht sich die fortschrittliche Bourgeois-Presse natürlich mit höchster Entrüstung aus. So bemerkt die pseudo-demokratische und schwarz-weiße „Berl. Reform“ über das in einer der Resolutionen gestellte Verlangen nach Volksbewaffnung zum Schutze des Parlaments: Bewaffnete Cassalänner, d. h. bewaffnete Zollhändler! Die preussische Regierung hat keine Veranlassung, auf ihre Anhänger in Dresden stolz zu sein. Findet eine Agitation statt, um Kundgebungen für die neueste Preussische Aera hervorzuheben, so darf man sie, wenn sie solche Früchte zeitigt, mindestens als sehr ungeschickt bezeichnen.

Dieses seit seinem Redactionswechsel (der auch, wie wir hören, schon einen massenhaften Abonnentenverlust zur Folge gehabt hat) gelinde gesagt zweideutige und perfide Bourgeoisblatt erhebt sich, von „Anhängern der preussischen Regierung in Dresden“ zu sprechen, während die Anhänger der preussischen Sache, des Schwarzweissthums, in seiner Redaction sitzen, täglich aus seinen Spalten hervorgucken und nun während sind, daß die social-demokratischen Arbeiter Dresdens die deutsche Volkssache, unbekümmert um Preussens wandelbare Personen und Zustände — im Auge haben. Freilich, die beiden Ziele — das der „Reform“ und das unserer Dresdener Arbeiter — gehen weit auseinander; aber: zur Ehre der deutsch-gesinnten und demokratischen Dresdener Arbeiter, zur Schande des pseudo-demokratischen schwarz-weißen Berliner Blattes.

Ganz anders spricht sich ein anderes Blatt über jene Versammlung aus, der, freilich auch schwarz-weiße und halbofficiöse, „Publicist“, welcher schreibt: Wir müssen gestehen, daß diese Anstaltungen zu dem BERNÄHIGSTEN gehören, was wir seit langer Zeit aus Volksversammlungen überhaupt vernommen haben.

Wir sind auch dieser Meinung. Bei diesen Resolutionen und Reden weiß man doch, weran man ist.

Die „R. Frankf. Ztg.“ spricht von einem „letzten Versuch“, in Dresden auf demokratischer Seite für preussische Politik Propaganda zu machen.“ Dagegen müssen wir im Namen unserer Dresdener Arbeiter energisch protestiren. Die Versammlung hat gezeigt, daß sie deutsch und nur deutsch gesinnt ist. Dem Berichterstatter scheint eine Verwechslung der Mittel mit dem Zwecke passiert zu sein, die entweder auf einem Mißverständnis oder auf Böswilligkeit beruht, welche wir nicht annehmen zu dürfen glauben, da der Artikel im Ganzen eine uns freundliche Haltung bewahrt. Im Uebrigen enthält der Bericht Details, über welche wir noch nicht hinlänglich aufgeklärt sind, um darüber urtheilen zu können.

Schließlich haben wir, nebst der Erwähnung,

daß die hiesige „Volks-Ztg.“, nach alter Gewohnheit, die ihr unbequeme Versammlung einfach ignorirt, noch einmal auf den „Publicist“ zurückzukommen, der heute über die Stellung der Arbeiter zur neu-preussischen Politik einen beachtenswerthen Leitartikel enthält, mit dem wir uns in unserer nächsten Nummer beschäftigen werden.

Als Curiosum sei heute nur erwähnt, daß der Artikel sagt: „Interessant und lehrreich ist der gestern berichtete Verlauf einer in Leipzig stattgehabten großen Arbeiterversammlung u. s. w. und dann beständig von den „Leipziger“ Arbeitern spricht, während das Blatt gestern nur einen ausführlichen Bericht über die Dresdener Versammlung enthielt und, so viel wir wissen, überhaupt in Leipzig keine derartige Versammlung stattfand.“

Sollten etwa die Redaction und der Leitartikel-Schreiber einander sehr fern stehende Persönlichkeiten sein?

Mundschau.

Berlin, 3. Mai.

Die Situation in Deutschland ist auch bis heute noch unverändert dieselbe. Abgerüstet wird von keiner Seite — das steht vorläufig fest, wenn wir auch noch immer nicht jeden Ausweg zu friedlichem Ausgang für definitiv abgebrochen ansehen können. Freilich ist es bereits so weit gediehen, daß nur ein Deux ex machina helfen kann. Aber dieser hat sich in solchen Fällen fast immer noch eingestellt, und so ist es wohl möglich, daß für dieses Mal der Habsburg-Hohenzollern'sche „Kampf bis auf's Messer“ außer Herrn Kepp vom Wiener „Vaterland“ nur noch eines zweiten „Schimmels von Bronzell“ bedarf, um abermals — vertagt zu werden. Vorläufig ist dies jedoch, wie gesagt, nicht sehr wahrscheinlich, sondern das Wetterglas zeigt nachhaltig auf Sturm. So soll hier im gestrigen Ministerconseil, wie an der Börse verlautete, die effective Mobilmachung der Armee und das Ausrüden des Gardecorps an die sächsische und schlesische Grenze beschlossen worden sein.* — Hinsichtlich des Habsburg-Hohenzollern'schen Notenwechsels hört man jetzt, daß am 28. April Graf Karolyi außer der Habsburgischen Antwort auf die Hohenzollern'sche Depesche vom 21. April noch eine zweite Depesche über die schleswig-holstein'sche Sache überreicht hat, und daß durch diese eine erneute Spannung hervorgerufen worden sei. Man glaubt, daß die darin gemachten Vorschläge zur Lösung der schleswig-holstein'schen Frage das Ergebnis des zwischen Herrn v. Buss, v. Dalwigk und v. Edelsheim vereinbarten Programms seien.

* Wie wir aus glaubwürdiger Quelle erriethen, ist dies eine Ente. Das fragliche Ministerconseil hat gestern nicht stattgefunden, soll aber heute abgehalten werden und ein derartiger Beschluß zu erwarten sein.

Am. d. Red. des „Soc.-Dem.“

Es wird darin erklärt, die Zeit zur definitiven Lösung der Schleswig-Holstein'schen Frage sei gekommen. Hohenzollern möge die strategischen Punkte, welche es besetzt hält, Rendsburg und Kiel, behalten, die militairischen Anordnungen sollen jedoch erst mit dem künftigen Herzog endgültig vereinbart werden. Eine Militär-Convention soll nicht angeboten sein. Der wichtigste Punkt der Depesche soll jedoch der sein, daß Habsburg die Erledigung der Angelegenheit durch den Bund verlangt und Hohenzollern dazu einladet. Lehne Letzteres dies ab, so werde Habsburg sich allein an den Bund wenden. In mittelstaatlichen Kreisen soll man sich schon von der Anerkennung des Herzogs Friedrich durch den Bund überzeugt halten. — „Preußen“, sagt der diplomatische Berichterstatter der „R. Ztg.“, würde die Proclamation des Herzogs in Frankfurt, sollte sich eine Mehrheit dafür herausstellen, nicht ohne Protest hinnehmen, sie sogar sehr wahrscheinlich als einen gegen Preußen gerichteten feindlichen Akt ansehen.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber meint, daß man in Oesterreich mit dieser Note nur nach einem neuen Vorwand suche, die preussischen „Reform“-Vorschläge zu umgehen, was nimmermehr geschehen werde, da Preußen sich unter keinen Umständen mehr auf eine getrennte Lösung der schleswig-holstein'schen Frage einlassen werde. — Merkwürdig ist die Stimmung in Wien und charakteristisch die Haltung seiner Presse, von der man jetzt bei uns, seitdem nun auch die „Presse“ verboten ist, fast nichts mehr zu Gesicht bekommen kann. So rath der „Wanderer“ wiederholt, Venetien zu verkaufen und sich dann gegen Preußen zu wenden, mit dem er keinen Compromiß über Deutschlands Oberleitung schließen will. Die „Neue freie Presse“ fordert liberale Maßregeln als Schutz vor der drohenden Gefahr. Sie sagt:

Die Krise, welche Graf Bismarck jetzt über Oesterreich heraufbeschwört, ist größer und furchtbarer als alle vorhergegangenen, und kommt es zum Kriege, der unserer Meinung nach nicht mehr zu vermeiden ist, so wird das im buchstäblichen Sinne des Wortes für Oesterreich ein Kampf sein auf Leben und Tod. Mit Bange und Erstaunen erfüllt uns Angesichts einer solchen Lage, solcher Eventualitäten, Angesichts der Hebel, die Bismarck täglich und unermüdetlich in Bewegung setzt, die regungslose Haltung unserer Staatsmänner. Wir hören wohl, daß alle materiellen Mittel in Anspruch genommen, daß Oesterreich in den Stand gesetzt wird, sich nach allen Seiten hin zu vertheidigen. Aber daß die Regierung auch die Ideen zu Hilfe rufe und von den moralischen Mitteln Gebrauch mache, die ihr zur Verfügung stehen, und die Oesterreich allein in den Stand setzen können, die drohende Krise erfolgreich zu bestehen, dafür sehen wir in keiner Richtung auch nur das geringste Anzeichen. Der Preussisch-Italienischen Rüstung stellt Oesterreich seine militairischen Vorkehrungen entgegen; aber den Ideen gegenüber, welche die Preussische Politik in den Kampf führt, hat Oesterreich bis zur Stunde noch nicht einen einzigen Gedanken mobilisirt. Eine außerordentliche Situation kann aber nur mit außerordentlichen Mitteln bewältigt werden.

und nicht bloß in der rein militärischen, sondern vorzugsweise in der politischen Initiative liegt die Bürgschaft des Erfolges. Wir täuschen uns wohl nicht darüber, daß das Ministerium der Säkularisation sich nur schwer dazu entschließen kann, den Bann zu lösen, mit dem es bis auf Weiteres das konstitutionelle Leben dieses Reichs beengt hat; aber der Schritt ist unermesslich, durch die Situation geradezu geboten, wenn Oesterreich den bevorstehenden Sturm, ohne Schiffbruch zu leiden, bestehen soll.

Diese Forderung, an Oesterreich gestellt, ist jaummervoll. Der habsburgische Monarchstaat kann nicht liberal regiert werden, weil er aus heterogenen Bestandtheilen zusammengesetzt ist, denen zum weitesten größten Theile an Allen mehr als an einer einheitlichen Zusammenfassung durch das habsburgische Gouvernement gelegen sein kann. Wie unmöglich es dieser Regierung ist, den Ansprüchen der verschiedenen völkerschaftlichen Bestandtheile der Monarchie zu entsprechen, kann man im gegenwärtigen Augenblicke wieder deutlicher als jemals sehen. So sind jetzt die ungarischen Verhandlungen vollständig in's Stocken geraten, wie der „Pesther Lloyd“ sagt, durch die auswärtigen Angelegenheiten vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Dem Governicus Baron Sennyey und dem Vicepräsidenten des Unterhauses, Grafen Andrássy, soll es während ihrer Anwesenheit in Wien unmöglich gewesen sein, mit den Ministern Belcredi oder Esterházy zu conferiren. — Bezüglich der hohenzollernschen Note an die sächsische Regierung schreibt das „Dreßd. Journ.“:

Die königl. sächsische Regierung hat diese Depesche am 29. April beantwortet, und wird die diesseitige Antwort heute in Berlin bereits übergeben worden sein. Da wohl mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß in den nächsten Tagen der volle Inhalt dieser beiden Schriftstücke zur Kenntniß des Publikums gelangen wird, so halten wir es für räthlich, bis dahin von einer Berichtigung der in den oben erwähnten Zeitungs-Angaben enthaltenen Unrichtigkeiten abzusehen.

Andererseits hört man, daß Herr v. Beust dem preussischen Gesandten mündlich erklärt habe, er könne zur Zeit keine bestimmte Auskunft ertheilen, sondern werde sich von dem Umfange der angebotenen Rüstungen in den einschlägigen Departements unterrichten. Im Großstaate Sachien! — Wie das Habsburgertum mit den Mittelstaaten, vorzugsweise mit Bayern, steht, zeigt ein Artikel der officiellen „Oesterr. Ztg.“, welche bezüglich der Stellung Bayerns zu dem in einigen Zeitungen gemeldeten Projekte, Bayern die Hegemonie Süddeutschlands zu übertragen, schreibt:

Es ist nicht unseres Amtes, die Regierung des Enkels des kaiserlichen Königs gegen diese Verdächtigung in Schutz zu nehmen. Wir verlangen weder, noch erwarten wir, daß Bayern sich für Oesterreich erhebe, aber wir haben ein Recht zu erwarten, daß es unter allen Umständen treu und fest zu Deutschland stehen werde.

Was aber ist für die Habsburgische Monarchie Deutschland? Dies hat seine ganze Haltung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit neuerdings bis zum Ueberflusse gezeigt.

In Frankreich sind die Pariser Blätter fortwährend mit Betrachtungen über den habsburg-hohenzollernschen Conflict beschäftigt. — In einem am 2. Mai stattgehabten Ministerrath ist befaßt worden, der Minister Rouher solle am Donnerstag in der Legislative alle wünschenswerthen Aufklärungen geben und namentlich alle von Frankreich ausgegangenen, zum Frieden mahnenden Documente vorlegen. — Die letzte nach Florenz gerichtete Depesche des Ministers Drouin erklärt, daß ein aggressives Vorgehen gegen Oesterreich lediglich auf Gefahr Italiens gerichte.

In der Donaufürstenthümer-Frage beschloß die Pariser Conferenz am 24. April, die Wahl eines fremden Fürsten sei mit den Verträgen unvereinbarlich. Besonders sei die Wahl des Fürsten zu Hohenzollern, als zur Familie einer der Garantemächte gehörig, unzulässig. — Nunmehr wird vom 1. Mai aus Bukarest telegraphirt:

Durch eine im Amtblatt publicirte Bekanntmachung theilt der Minister des Innern der Bevölkerung in den Donaufürstenthümern mit, daß die Deputation an den zum Fürsten erwählten Prinzen Carl von Hohenzollern abgereist sei, daß kein Zweifel obwalte, derselbe werde die Wahl annehmen und daß auch die Garantemächte dem Wahlacte ihre Sanction ertheilen würden.

Die Fortsetzung soll fest entschlossen sein, ihre Rechte, wenn sie es für nöthig halten sollte, selbst durch eine Occupation der Donaufürstenthümer zu verteidigen. Ein derartiger Schritt aber dürfte Ereignisse hervorrufen, deren Tragweite sich nicht absehen läßt. — Die Regierung hat, um die Effectivierung der Nationalanleihe zu beschleunigen, ein aus den ersten Banquiers und einflußreichen Einwohnern bestehendes Comité ernannt, bei welchem Subscriptionen aufgelegt werden sollen.

Aus Italien, aus Florenz, wird der „Röm. Ztg.“ geschrieben: Die Bereitwilligkeit, mit der die Kammer, trotz des Commissions-Antrages, dem Ministerium die verlangten drei Monate des provisorischen Budgets bewilligt hat, ist ein neuer Beweis des instinctiven politischen Tactes, den die Italiener in wirklich entscheidenden schweren Augenblicken immer wieder zu finden wissen. Die meisten Piemontesen, Nora, Ferraris u. s. w., und sogar einige Mitglieder der Linken haben für das Ministerium gestimmt. Selbstverständlich ist dieses Resultat zum größten Theile der Ansicht zu verdanken, daß der Krieg kaum zu vermeiden sein werde, da Oesterreich den Fehler von 1859 wiederholen zu wollen scheint. Während die Regierung den auswärtigen Mächten gegenüber soeben constatirt hat, daß keine ihrer bisherigen Maßnahmen eine Kriegsbereitschaft bedinge, daß sie keine Verurtheilungen einberufen, — denn die Uebungen der Reserven von 1844 waren schon früher eine beschlossene Sache, — wird sie nun mit wirklichen Rüstungen, namentlich mit Truppen-Concentrationen, den Anfang machen, sobald es sich herausstellt, daß Oesterreich nicht Preussens, sondern Italiens wegen in Venetien rüftet. Sogar Mazzini erklärt, „bei Ausbruch eines Krieges sei es die Pflicht jedes Italieners, sich um die Fahne Victor Emanuel's zu stellen; nur wenn die Actionspartei an dem Kriege Theil nehme, habe sie das Recht und die Macht, einen schimpflichen Friedensschluß, ein neues Rizza zu verhindern.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß die ganze Demokratie dem Stichworte Folge leisten wird. Das „Diritto“ selbst lenkt ein; Crivini, der Vertreter der Friedenspolitik, hat die Redaktion abgegeben. Aus Verona wird gemeldet: Die Rüstungen werden mit ungeheurer Hast betrieben und die höhern Officiere äußern, die Feindseligkeiten sollten in zehn Tagen, also am 6. Mai schon eröffnet werden. — Unter den Studierenden der Hochschule zu Turin hat sich ein Comité constituirt, um eine Legion von sämmtlichen Besuchern der Universitäten des Königreichs zu bilden. Die Nationalgarde hat die Verpflichtung übernommen, die Ruhe und öffentliche Ordnung für den Fall, daß die Regierung die regulären Truppen in's Feld rufe, zu garantiren. Der Kriegeminister hat deshalb der Nationalgarde Glückwünsche gesandt.

In England hat das Cabinet sofort nach der letzten Abstimmung über die zweite Lesung der Reformbill Majorität von 5 Stimmen für die Bill der Regierung eine Verabredung über die Situation gehalten, sich aber nach langer Discussion dahin entschieden, am Ruder zu bleiben und die Reformbill für die dritte Lesung vorzulegen; vorher aber den Gegentwurf über die Vertheilung der Wahlsitze dem Hause zu unterbreiten. Bei diesem Entwurfe wird sich das Cabinet ohne Zweifel den Versuch angelegen sein lassen, die abgefallenen Whigs wieder an sich heranzuziehen, um dadurch eine größere Majorität für die dritte Lesung zu erlangen.

Die feministische Bewegung in Amerika ist in fortwährendem Zunehmen begriffen.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Ueber unsere, der Socialisten, Stellung zu den bestehenden deutschen Arbeiter-Associationen spricht sich der „Vote vom Niederrhein“, indem er die betreffende Stelle aus unserem jüngsten Leitartikel unseres Pariser H.-Correspondenten mittheilt, wie folgt aus:

Was hierin gegen die antisociale Richtung der sogenannten „Schulze'schen“ Genossenschaften gesagt ist, billigen wir vollkommen; ja, wir würden nach unsern

Erfahrungen im Rheinlande Manches noch schärfer ausdrücken; andererseits sollte es aber doch endlich auch anerkannt werden, daß es ein Fehler von Passalle war, wenn auch ein nach den Umständen sehr entschuldigbarer Fehler, daß er auf das englische und französische Genossenschaftswesen zu wenig Rücksicht nahm, und die Wurzeln verkannte, welche diese acht socialistische Institution auch in Deutschland schon vielfach getrieben hatte. Die Schulze'schen Fanatiker, welche die Arbeiterfrage gelöst zu haben glaubten, wenn sie einen Consumverein von Handlungsgeschäften und Postsecretären fertig hatten, sind stets mit derselben Verfolgungssucht gegen das wirkliche Genossenschaftswesen aufgetreten, wie gegen den Passalleanismus. Ihr Ideal war, für den Consumverein eine Theaterloge zu mieten und die Plätze billiger zu verkaufen, wo sie sich aber von genossenschaftlichen Fabrikarbeitern und Tagelöhnern umringt sahen, da trauerten sie Eau de Cologne auf das zarte Taschentuch und verdufteten schleunigst. Passalle hat unwissentlich den Vergötterten Schulze's Vorsatz geleistet, indem er nur das Schulze'sche Genossenschaftswesen in's Auge faßte und die englischen und französischen, acht socialistischen Genossenschaften nicht hinlänglich beachtete. Seine Nachfolger aber sollten wenigstens dafür die Augen offen behalten, daß auch die Schulze'schen Vereine, Genossenschaften sowohl als Bildungsvereine, allmählig aus dem engen Rahmen herauswachsen, in den man sie gezwängt hatte, und daß sie da, wo das Arbeiterthum in ihnen erst recht Boden gefaßt hat, wirklich socialistische Färbung annehmen. Als die aus der Verbannung heimkehrenden Juden ihren Tempel bauten, führten sie in der einen Hand das Schwert, in der andern die Mauerkelle. So müßten sich eigentlich der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die Genossenschaften zu einander verhalten. Ihre Aufgabe ist nicht dieselbe, aber sie ergänzen sich.

Wir haben denn nichts hinzuzufügen, als, daß wir in der angeblichen Verkennung bestehender socialistischer Institutionen in Deutschland von Seiten Passalle's einen Fehler nicht erblicken können. Praktische Agitationen und theoretische Leistungen, — so ungefähr sagt Passalle, so viel wir uns erinnern, in einer Stelle des „Vasiat-Schulze“, die wir im Augenblicke nicht auffinden können — folgen gewissermaßen entgegengesetzten Gesetzen. Während theoretischen Leistungen die Aufgabe gestellt ist, das gesammte Material einer Special-Frage oder Wissenschaft möglichst erschöpfend zu behandeln, dieselben daher alle Modalitäten der Gültigkeit bestimmter Sätze prüfen und berücksichtigen können, sind praktische Agitationen, insofern sie eine rasch durchschlagende Wirkung haben sollen, genöthigt, ihr Object in scharfen aber großen Umrissen hinstellen, einen zu erreichenden Zweck nur in seinen Grundzügen zu fixiren; sie müssen sich daher auf Einen Punkt beschränken, selbst auf die Gefahr der Einseitigkeit hin. Für unsere Bewegung aber, für Passalle's Auftreten, handelte es sich um eine solche praktische Agitation und der angebliche Fehler Passalle's ist, wenn er auch nicht, wie richtig hervorgehoben, ohne Nachtheile war, ein großer Vorzug seines socialen Agitations-Programms zu nennen. Der entgegengesetzte Fehler wäre höchstens geeignet gewesen, eine doctrinäre Polemik einiger Fachleute, aber nicht eine zündende Arbeiteragitation hervorzurufen. Der oben erwähnte Uebelstand hingegen findet in der Praxis sein Correctiv von selbst. Ferner wollen wir noch bemerken, daß, was der „Vote v. Niederrhein“ mit Recht wünscht, von unserer Seite, theilweise und so weit es bis jetzt thunlich war, bereits hier und dort geschehen ist und ferner geschehen wird. Schädlich aber wäre, wenn dadurch neuerdings die noch lange nicht genug bekämpfte und beseitigte Illusion in den Arbeiterkreisen gestärkt und genährt würde, daß die auf sogenannten „Selbsthilfe“ beruhenden Genossenschaften eine dauernde und radicale (gründliche) Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herbeiführen im Stande sind, welche Illusion erst vollständig erkannt sein und daher fortwährend beleuchtet und bekämpft werden muß, wenn an eine Anbahnung der Lösung der socialen Frage überhaupt zu denken sein soll.

[Wie die Fortschritts-Partei die Freiheit des Wortes versteht, siehe darüber unsere Correspondenz aus Offenbach im „Politischen Theil“. Aber die Zeit der Vergeltung wird nicht ausbleiben! Die Arbeiter haben ein gutes Gedächtniß.]